

Konfirmierung bestimmt, daß von nun ab an allen Orten ein Minimalstundenlohn von 40 Pfg. und die Einführung des **Affordtarifs** der drei Städte gefordert werden soll. Eventuell nötige und von Gehilfen und Prinzipalen gemeinsam beschlossene Lokalzuschläge sollen der Begutachtung des Tarifamts unterbreitet werden, ebenso etwa notwendig gewordene Ergänzungen des Affordtarifs. Außerdem sollen natürlich auch die allgemeinen Bestimmungen des zeitigen Vertrags nach Möglichkeit zur Grundlage örtlicher Reformen gemacht werden. Zum Ausbau der Tarifgemeinschaft hat die Justiztion eine gleiche Geschäftsordnung für die obligatorisch einzurichtenden Schiedsgerichte auszuarbeiten, außerdem soll sie ein Verzeichnis der tariftreuen Betriebe und selbstverständlich auch einen Vertragskommentar herausgeben. Endlich liegt ihr noch ob, die Einrichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen in Erwägung zu ziehen und die Affordsätze sowie Arbeitsbedingungen an Schnellpressen und Aufstirrmaschinen zu regeln. Letzgenannte Funktion beugt also einer Wiederholung der oben erwähnten Konflikte vor, welche durch maschinelle Neueinrichtungen, die nicht im Tarif vorgesehen sind, entstehen. Daß das Tarifamt nebenbei auch noch die Berufungsinstantz für die Schiedsgerichte und der berufene Vermittler in allen gewerblichen Streitfällen sein muß, bedarf als in der Natur der Körperschaft gelegen nicht der Hervorhebung. Bei der Besprechung des hochstrebenden Arbeitsprogramms dieses Tarifamts drängt sich uns allerdings unwillkürlich eine banale Frage auf, welche die Gehilfenschaft und vor allem auch die Arbeitervertreter der Körperschaft selbst in letzter Zeit oft beschäftigt hat. Sie lautet, worum hat sich diese für die Aufrechterhaltung der Tarifgemeinschaft verantwortliche Behörde nicht schon längst mit jugendkräftigem Eifer an die Lösung der ihr gestellten und teilweise auch selbsternannten Aufgaben gemacht? Was tief in das Jahr 1904 hinein war über die Aktionen des Tarifamts noch nichts in der Öffentlichkeit zu hören, als die Klagen der Gehilfenvertreter über den Unwillen der Prinzipale, in den dringenden notwendigen Sitzungen zu erscheinen. Von November 1903 bis Mai 1904 gelang es noch nicht, eine einzige Besprechung zustande zu bringen. Es werden also energische Schritte getan werden müssen, um die Arbeitgeber an die übernommenen Verpflichtungen zu mahnen, wir glauben aber nach Beobachtung des Verhaltens der Prinzipalität im Laufe der bewegten Zeit der Tarifkämpfe erwarten zu dürfen, daß dieselben Unternehmer, welche um des gewerblichen Friedens willen das Opfer des Entgegenkommens gebracht haben, auch nicht vor der Einführung vertraglich abgelegter Versprechungen zurückschrecken werden.

Parallel mit der Tarifbewegung der drei Städte liefen die Bestrebungen der Kontobucharbeiter um Schaffung eines einheitlichen Affordtarifs (siehe oben). Unter dem belebenden Einfluß der allgemeinen Tarifabschlüsse und noch mehr unter dem ermutigenden Eindruck des 3 jährigen Vertragsverhältnisses der Branche in Berlin stehend, nahmen die Gehilfen nach Ausarbeitung von zahlreichen Entwürfen die Arbeit der Vertragsverallgemeinerung wieder auf. Bald zeigte sich jedoch, daß dieser durch die technischen Abweichungen an den einzelnen Orten vorläufig unüberwindliche Schwierigkeiten in den Weg gelegt waren. Es gelang nicht einmal, die Entwürfe für die zwei Hauptorte, Berlin und Hannover, in Einklang zu bringen, geschweige denn für die übrigen in Betracht kommenden Städte (Dortmund, Bielefeld, Stuttgart, München, Glabach, Köln und Breg) gleiche Affordpositionen ins Auge zu fassen. So wurde denn der Plan einer Gehilfenkonferenz fallen gelassen, und da die Zeit drängte, in Berlin das Werk der lokalen Tarifrevision unabhängig von den anderen Orten aufgenommen, welche ohne Differenzen mit einer Verbesserung des Vertrags abschloß. Hannover aber wurde die nächste Stadt, die durch Festlegung eines örtlichen Tarifs in die Fußstapfen Berlins treten wollte. Nachdem die Organisationsfeindschaft der Prinzipale durch die Einmütigkeit der Gehilfenschaft gebrochen war, und sich diese nicht nur dazu entschlossen, mit der Vertretung der organisierten Arbeiterschaft zu unterhandeln, sondern auch für sich die Macht des Zusammenschlusses durch Bildung einer Prinzipalsvereinigung von den in Frage

kommenden 6 Firmen erprobte, wurde der in der Tabelle dargestellte Vertrag niedergelegt und in Aussicht genommen, daß mit der Ausarbeitung eines einheitlichen Affordtarifs, welcher bis zum 1. Januar 1904 in Kraft treten sollte, begonnen werden sollte. Dieser Termin rückte endlich heran, aber die Prinzipalität beobachtete ängstliches Schweigen über die peinliche Festlegung der Affordpositionen, und schließlich wurde der Arbeiterschaft der enttäuschende Bescheid, daß die großen maschinellen Verschiedenheiten der einzelnen Betriebe vorläufig die Durchführung gleicher Lohnsätze unmöglich machten, dagegen versprach man den Gehilfen die Anbahnung einer allgemeinen örtlichen Affordregelung durch Ausarbeitung von verschiedenen Tarifen für alle Betriebe. Diese Firmenabmachungen sollten dann bis zum 1. April 1904 in Kraft treten. Jedemfalls hatten demnach die Arbeitgeber unter dem Druck der Lohnbewegung ein mindestens unüberlegtes, wenn nicht leichtfertiges Versprechen gegeben, dessen Juridikalität natürlich die Erbitterung der Gehilfenschaft hervorrief, aber ungeachtet des teilweise recht depressierenden Verlaufs der allgemeinen Tarifbewegung am Ort erduldet wurde. So ist denn von dem so impulsiv und begeistert aufgenommenen Tarifkampf der Kontobuchbranche in Hannover nichts übrig geblieben, als die Festlegung der allgemeinen Bestimmungen des Vertrags und die Hoffnung auf endliche tarifliche Regelung der Affordsätze in den einzelnen Fabriken. Auch letztere ist aber bereits dadurch sehr herabgestimmt worden, daß in dieser Richtung mit Ausnahme einer einzigen Firma noch so gut wie nichts geschehen ist.

(Schluß folgt.)

Die deutsche Ausstandsbewegung im Jahre 1904.

Das statistische Amt veröffentlichte im „Reichsarbeitsblatt“ (Nr. 4) eine Uebersicht über die **Streiks und Ausperrungen im Jahre 1904**.

Danach wurden in diesem Jahre im ganzen deutschen Reiche ermittelt 1870 beendete Streiks. Für das Jahr 1900 belief sich ihre Zahl auf 1433, 1901 auf 1056, 1902 auf 1060 und 1903 auf 1374. Hinsichtlich der Zahl der Streiks steht also das Jahr 1904 an der Spitze. Das gleiche gilt hinsichtlich der Zahl der betroffenen Betriebe. Von den 1870 beendeten Ausständen wurden im Juni 1904 in Mitleidenschaft gezogen 10321 Betriebe. Für die Jahre 1900 bis 1903 stellen sich die Zahlen auf 7740, 4561, 3437 und 7000.

Am meisten beteiligt war an der Ausstandsbewegung das Baugewerbe mit 4118 Betrieben gleich 39,9 Proz. und 49615 Streikenden; es folgen die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel mit 2730 gleich 26,5 Proz. Betrieben und 7746 Streikenden, die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe mit 1204 gleich 11,7 Proz. Betrieben und 13395 Streikenden, die Metallverarbeitung, das Bekleidungs- und Reinigungs-gewerbe usw.

Gestreikt haben in den 10321 Betrieben 113480 Arbeiter. Für die Jahre 1900—1903 sind die Zahlen: 122903, 85603, 53912 und 55262. Die größte Zahl der Streikenden hatte wieder das Baugewerbe.

Von den 1870 beendeten Ausständen hatten 449 = 24% vollen Erfolg, 688 = 36,8 Proz. teilweisen und 733 = 39,2 Proz. keinen Erfolg. Die Bewegung gestaltete sich für die Arbeiter immer erfolgreicher. Die Prozentzahlen für die mit vollem Erfolg durchgeführten Streiks sind für den Zeitraum 1900—1903 19,2, 18,9, 21,5, 21,8, 24, für die Streiks mit teilweisem Erfolg 35,2, 27, 22,2, 32,3, 36,8, für diejenigen ohne Erfolg 45,6, 54,1, 56,3, 45,9, 39,2.

Ausperrungen zählt die amtliche Statistik 120. Ausgesperrt wurden 23760 Arbeiter. Voran steht hier wieder das Baugewerbe, es kommen dann die Textilindustrie und die Industrie der Steine und Erden. Bei den Ausperrungen hatten die Arbeitgeber in 36,7 Proz. der Fälle vollen, in 27,5 Proz. teilweisen und in 35,8 Proz. keinen Erfolg.

Faßt man die Streiks und Ausperrungen zusammen, so ergibt sich für 1904 das Resultat,

daß in 11436 Betrieben 137240 Arbeiter gestreikt haben bzw. ausgesperrt worden sind, und daß von den 1900 Streiks und Ausperrungen nur 777 Fälle = 39 Proz. für die Arbeiter erfolglos gewesen sind.

Die hier mitgeteilten Zahlen beruhen auf amtlichen Ermittlungen. Die tatsächlichen Zahlen dürften wohl höher sein, weil eine Reihe von Streiks, namentlich in kleineren Betrieben, überhaupt nicht zur Kenntnis der unteren Polizeibehörden kommt. Angesichts dessen muß von allen beteiligten Faktoren dahin gestrebt werden, die den sozialen Frieden und die Ruhe im Gewerbe störenden Streiks durch Tarifverträge zu erregen. Wenn trotz der Zunahme dieser die Zahl der Streiks nicht abgenommen hat, so ist zu berücksichtigen, daß Tarifverträge vielfach eine Frucht von Streiks sind, durch diese erkämpft wurden. Erst wenn sich die Gegner in Streiks gegenseitig ad rem gelernt haben, werden sie leichter zu Tarifverträgen kommen. Und wenn sie mit diesen gute Erfahrungen gemacht haben, werden die Tarifverträge auch ohne Streiks verlängert werden, wie z. B. im Buchdrucker-gewerbe.

Kachter!

Wie fernstehend der Zentralvorstand des deutschen Buchbinderverbandes ist, wenn seiner Unheil-Barie ausschließend zu nahe getreten wird, geht aus folgendem hervor. C. K. macht dem Redakteur den Vorwurf, er habe die Beschlässe des letzten internationalen Arbeiterkongresses, sowie ihre Dresdener Beschlüsse dadurch verlegt, daß er in seiner Zeitung abfällige Urteile der politischen Parteipresse über den Gewerkschaftskongress verzeichnete. Also Tatsachen, die der Redakteur seinen Lesern nicht mitteilen, wenn dadurch ein, wenn auch noch so kleiner Gegenstand zwischen Gewerkschaft und sozialdem. Partei kontaminiert wird. Die Nr. 28 der Buchbinderzeitung wird wieder zur Hälfte dieser Vorkämpfe geopfert, worin K. nachzuweisen sucht, Schmidt sei ein Vagabund und Phantast. Darauf gibt Schmidt ihm zum Schluß folgende, sehr tiefblickende laßende Antwort:

„Die perfiden Hebensarten von der „abgestarteten Lichendörfer“, die sich in anderer Zeitung breit machen soll, wie auch die, daß die Buchb.-Ztg. kein Familienblatt ist, und die wiederholte Darstellung meiner Person als Vagabund weise ich uns deswegen nicht auf der dafür nötigen Schärfe zurück, weil in der vorigen Nummer des letzten Verbandsvorberichts schon viele Kollegen ähnlichen persönlichen Insulten von ihm ausgesetzt waren und schon manchem christlichen Mannes Ehre in den Dreck getreten wurde, daß ich es mir wahrlich nicht zur Schande anrechnen darf, in diesen Streik der also Mißhandelten mit aufgenommen zu werden.“

Und falls bei diesem Kontour Vitium's Auspruch ein „Wißt du nicht mein Bruder sein, schlag ich dir den Schädel ein.“ Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.

Der Streit zwischen den zwei Hauptvertretern des deutschen Buch-Verb. hat einstweilen seinen Abschluß dadurch gefunden, daß man die Angelegenheit dem Ausschuss unterbreitet hat. Was soll man zu der ganzen Geschichte sagen? Wenn mir auch Schmidt, nicht zu geringe Achtung vorlegen können, für sein unheimliches, freudiges Aufreizen, und auch deshalb nicht, weil ihm das Wohl eines Kollegen höher steht, als die verurteilten Ziele des Sozialismus, so ist doch der so maßgebende Vertreter die in unvollkommener Richtung.

Daß dieser Geistes vor den brutalen Folgerungen der sozialdem. Weltanschauung zurückschrecken ist sehr leicht erklärlich. Wenn aber Schmidt sagt, zu solchem Vorgehen, (also die Holl. aus dem Brot zu hegen) sei er nicht gewillens genug, und auch schon früher einmal erklärte, seine Ehrlichkeit hätte ihm vielfach gekostet, so sind dieses eben Begriffe, die der modernen Weltanschauung widersprechen. Solche Blüten, Gewissenhaftigkeit, Ehrlichkeit, Nächstenliebe wachsen auf heilighem Boden, und nicht im Sumpfland der Radikalen, wo jeder Schritt weiter auch ein Schritt dem sicheren Verderben entgegen ist. Jedes Mittel ist recht, wenn es zum Ziele führt. Wägen noch so viele Einzelne zu Grunde gehen, wenn nur unsere Ideen siegen. Dann wird das goldene Zeitalter anbrechen, ohne Plage, ohne Hunger und Kummer, ohne Streiks und Ausperrungen, oder auch nicht.

„Wir protestieren“ überschreibt die sog. Verbandszeitung einen Artikel, dem wir folgendes entnehmen:

„Zu allem kann und darf ein Gewerkschafter nicht stillschweigen, wenn er auf seine persönliche Ehre auch nur einiges Gewicht legt. Wir wollen überlegen, daß einige Parteiblätter (durchaus nicht alle) die Gewerkschaftsdelegierten wie dumme Jungen abfangen, von „Verachtung der Theorie“, „glänzender Vorurtheil“, „schlechter Weiberei“ usw. reden, in höhnlicher Weise den Gewerkschaftsführern, die eine jahrelange opferreiche und erfolgreiche Arbeit hinter sich haben, den Rat geben, mehr den Statupassus zu beachten, der von der „geistigen Führung der Mitglieder“ spricht. Wir sind von unseren Grundrätigen geschont, die Arbeiter als „dumme“, zu wenig „theoretisch vorgebildet“ abgewiesen zu sehen, selbst dann, wenn, wie bei der Grundinspektion, eine tüchtige Praxis zur Ausübung der Funktion vorzüglich geeignet macht. In der Sache ist es natürlich ganz egal, ob uns ein „theoretisch“ gebildeter Bourgeoispräsident, der im Bourgeoislager steht, Dummkopf schilt, oder ob dies ein „Theoretiker“ besorgt, der aus dem Bourgeoislager in die

Arbeiterbewegung" überfiedelte und hier den einzig echten Verapfer „unverfälschter proletarischer“ Gesinnung spielt. Wir dessen Humor genug, um uns über diese „proletarischen Gesinnungsohnen“ zu amüsieren.

Auch die „Hörsarbeiter-Zeitung“ entrüßelt sich und schreibt unter anderem:

„Gegenüber solchen Angriffen, gegen eine solche Behandlung, wie sie den Gewerkschaften von einzelnen Parteimitgliedern zuteil wird, sollten wir doch Stellung nehmen, das verlangt unsere Ehre.“

Unsere Leser werden aus all dem ersehen, das die Eingekerkert nicht weit her ist im roten Lager. Es kann auch gar nicht anders sein. Praktische Gegenwartsarbeit verrät sich eben nicht mit den sozialdemokratischen Zukunftsplänen.

Tamit wollen wir für jetzt die Herrn verlassen, und einmal sehen, ob dann gar keine Friedebene mit dem roten Kongress zu finden sind. Zufrieden mit dem roten Kongress sind die christlichen Gewerkschaftler. Und mit Recht. Man hatte köstlich als Tagungsort genommen um den Christlichen einmütig erstant seine Macht und Größe zu zeigen, es sollte eine Parade vor dem angeklügeltigen Feindpaar sein, und die Parade wurde zur Blamage. Zufrieden können wir christliche Gewerkschaften auch über Legions und Hünkelburg's Offenherzigkeit sein. Wenn man jetzt nachher den Mut findet zu protestieren und wieder in's neutrale Horn tuet, warum nicht auf dem Göttinger? Aber das mag es noch wagt und trotzdem und allem sich nicht scheut zu behaupten, bei uns kann jeder ungeniert, seinen religiösen und politischen Ansichten treu bleiben, jetzt, was Geistes Kinder diese Herren sind. Wir aber sagen, wer mit handgreiflichen Lügen und Schmähereien uns kommt, dem können wir nicht unsere Zerkesschen anvertrauen. Wenn wir sehen wie die Herrn unter sich selbst uneinig sind, und einer will so und der andere so, dann brauchen wir wahrhaftig nicht zu verzagen, da besteht doch bei uns ein beiderer Geist, der Geist der Einigkeit und Wahrheit. Und nur die Wahrheit wird siegen.

Hundschau.

Der deutsche Buchbinder-Verband zählte im Jahresdurchschnitt 1904 15204 Mitglieder. Neu aufgenommen wurden 4130 männliche und 5519 weibliche Berufsgenossen, ausgetreten sind insgesamt 4433. Antrittsbeiträge in 3 Arten, Abwärtbeiträge in 5 Arten.

Die Klassen-Bilanz gestaltete sich unglücklich. Die Ausgaben überstiegen die Einnahmen um 16215,95 Mk. Das Gesamtvermögen betrug 307487,46 Mk., davon 240100 Mk. in der Zentralkasse, das übrige in den Lokalstellen. Der Vermögensanteil des einzelnen Mitgliedes sank von 22,12 Mk. im Vorjahre auf 17,32 Mk. im 1904.

Im ersten Quartal 1905 hat der Verband einen Mitglieder-Abgang von 438 Mitgliedern zu verzeichnen.

Die Mitglieder-Verhältnisse gestalteten sich in den für uns in Betracht kommenden Städten wie folgt:

IV. Quartal 1904. I. Quartal 1905.

München	45	—	34
Barmen	36	—	31
Bielefeld	100	—	38
Hochim	15	—	13
Breslau	109	—	104
Düren	17	—	18
Duisburg	47	—	25
Eberfeld	41	—	48
Eilen	36	—	41
Freiburg	15	—	13
Gagen	25	—	27
Höln	57	—	55

Neue Einrichtungsarten für die Jubiläumsfeierungen werden vom 1. Oktober ab zur Ausgabe gelangen. Eine Bekanntmachung des Reichstages vom 3. Juli bestimmt, daß vom 1. Oktober an alle diejenigen, welche pflichtmäßig freiwillig, oder im Auftrag Marken in die Jubiläumsarten einfließen, sämtliche eingeklebten Marken sofort antworten müssen. Seither war man nicht verpflichtet die letzte Marke gleich zu antworten, jetzt muß man auch dann, wenn man jede Woche eine Marke einlegt, diese sofort antworten. Die Entwertung geschieht in derselben Weise wie früher, indem man das Datum des Tages, an dem die Entwertung erfolgt, mit Tinte auf die Marke schreibt, z. B. wenn man am 7. Oktober 1905 einlegt schreibt man: 7. 10. 05. Diese Entwertung muß aber in deutlicher Weise erfolgen und es darf dadurch nicht die Marke unkenntlich gemacht werden, die Wertziffern, die Lohnklasse und der Name der Versicherungsanstalt muß vollständig bleiben. Wahrscheinlich wird es in diesem Punkte sehr genau genommen werden, denn die neuen Karten tragen in jedem einzelnen Mißfeld den Aufdruck: „Jede Marke muß entwertet werden.“ Als weitere Veranlassung ist am Kopf der Marke, besonders hervorgehoben durch Umrahmung und teilweise Fettdruck folgende Warnung beigebracht: „Jeder Anspruch aus dieser Karte und allen früheren Karten geht verloren, wenn nicht für die 2 Jahre nach der Ausstellung dieser Karte mindestens für 20 Beitragswochen Beiträge entrichtet werden.“ Im übrigen sind die neuen Karten den alten gleich geblieben und bleiben letztere auch bis zu ihrem Umlauf gültig.

Wohnum. Vor der hiesigen Strafkammer wurde ein trauriger Fall von Terrorismus freier Gewerkschaftler besprochen. Der Verurteilter Karl Bels aus Köln arbeitete mit den Verurteilten Peter Wünder und Heinrich Koch, ebenfalls aus Köln, auf einer Baustelle in Recklinghausen. Bels trat aus der freien Gewerkschaft aus. Dieser Austritt veranlaßte Wünder und Koch, schroff gegen Bels vorzugehen, um ihn von der Baustelle zu entfernen und stattdes zu machen. Als Bels trotz aller Drohungen blieb, traten Wünder und Koch eines Tages plötzlich in die Logiswohnung des Bels, stürzten ein Streifenblech ein, schimpften Bels einen Lumpen, Verräter und Streifenbrecher und drohten, ihn mit Knütteln zu schlagen, wenn

er am folgenden Morgen nochmals die Baustelle betrete. Dann fielen sie über Bels her und richteten ihn durch Stockschläge überal zu. Die Staatsanwaltschaft beantragte gegen Wünder und Koch je 6 Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilte Koch zu 9 und Wünder zu 6 Monaten Gefängnis.

Sozialdemokratische Streifbrecher. Eine Resolution der Solinger Messerschleifer am 26. Juni brandmarkte den Streifenbruch des Metallarbeiter-Verbandes — so wurde ausnahmslos von allen Anwesenden — das Verhalten des Metallarbeiter-Verbandes bezeichnet —, nachdem vorher über den Stand des Streifs bei der Firma Gottl. Hammesfahr Bericht erstattet worden. In dem Bericht wurde betont, daß die Ansichten für die streifenden lokal organisierten Fachvereine recht günstig seien. Von den Mitgliedern des Messerschleifervereins, des Scherenkleidnervereins, des Rasiermesserschleifervereins, des Ansmachervereins und des Taschenmesserschleifervereins seien im höchsten Maße zusammen vier oder fünf ihren Organisationen untreu geworden, die übrigen arbeiten nicht mehr für Hammesfahr, weder in der Fabrik noch in der Hausindustrie. Selbst die unorganisierten Arbeiter lehnten es ab, sich von der Firma Arbeit zu holen. Nur der („frei-“) Metallarbeiter-Verband sollte auch die Streifenbrecher, aber man könne jetzt getrost auf die Gefährlichkeit des Herrn Sender (Geschäftsführer des Metallarbeiter-Verbandes) verzichten, ja, man wünsche jetzt sogar, daß der Metallarbeiter-Verband nicht noch einleite, — er möchte nur ruhig seine „Streifenbrecherrollen“ zu Ende spielen. Aber dafür würden die Solinger Fachvereine doch sorgen, daß die hiesige Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes der ganzen deutschen Arbeiterchaft gegenüber an den Bräuger gestellt würde. In einem Artikel der Metallarbeiter-Zeitung, der den Streifenbruch der Metallarbeiter reumfertigen sollte, seien die Tatsachen vollständig auf den Kopf gestellt und verdrängt. So werde behauptet, daß der Messerschleiferverein mit seiner bekannten Forderung die Entwertung der Lohnart in der Messerwarenindustrie hemmen wolle und daß deshalb die anderen Arbeiter nicht mitmachen wollen. Der erste Teil der Behauptung sei direkt aus der Luft gegriffen, noch nie habe der Messerschleiferverein gegen die Entwertung von Schließmaschinen Stellung genommen. Die „anderen Arbeiter, die nicht mitmachen wollen“, seien nur die Metallarbeiter, die die sämtlichen großen Solinger Fachvereine sich dem Messerschleiferverein angeschlossen hätten, würde mit Absicht der deutschen Arbeiterchaft verdrängt. Der wahre Grund des Streifenbruchs des Metallarbeiter-Verbandes sei jetzt aber bekannt. Nachdem die Firma S. den Metallarbeiter gewisse Zugeständnisse gemacht hatte, habe der Metallarbeiter-Verband trotz des von ihm vorgefällenen Generalfreibeitbeschlusses der Gewerkschafts-Verammlung sich sofort zurückgezogen. Nur noch unter einer Bedingung, so habe, wie man jetzt weiß, der Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes beschloßen, würde sich der Metallarbeiter-Verband der Verwendung anstehen, nämlich dann, wenn alle Solinger Fachvereine sich sofort dem Metallarbeiter-Verband anschließen. Darauf könnte der Metallarbeiter-Verband aber noch lange warten, einer Organisation, die mit solchen Mitteln kämpfte, würden sich die Solinger Arbeiter nicht anschließen. Schließlich wurde beschloßen, durch Druckschriften usw. den ganzen Sachverhalt der Öffentlichkeit bekanntzugeben.

Die Generalversammlung des Gewerkschafts-Verbandes tagte am 25. und 26. Juni in Oberhausen. Vertreter waren 80718 Mitglieder in 339 Anmeldestellen durch circa 240 Delegierte. Das Wachstum des Gewerkschafts ist somit ein sehr erfreuliches. Im Jahresdurchschnitt 1904 zählte er in 279 Zahlstellen 41900 Mitglieder. Den Geschäftsbericht erstattete Köster. Drei wesentliche Momente fanden hier hauptsächlich Beachtung und zwar 1. die Knappschaftswahlen, 2. der Rücktritt des Vorsitzenden Krupp und 3. der Reisebericht im Ruhrrevier. Die Diskussion ergab vollständige Übereinstimmung mit dem Berichte. Hervorgehoben wurde von einem Delegierten aus dem Saarrevier, daß es der Gewerkschaft hier, trotz der starken Agitation der Berliner Fachabteilungsschwarzener, bereits auf über 5000 Mitglieder gebracht habe.

Das Hauptreferat hielt Effert über den „Vergarbeitsfreistell und die Vergarbeitsnolle“. Eine hierzu angenommene Resolution erklärt die vollständige Hebererinnung der Generalversammlung mit dem Streik eingeschlagenen Entzitt. Eine andere befaßt, daß die Vergarbeitsnolle die Generalversammlung keineswegs befriedige.

Ein Hauptgegenstand der Verhandlungen bildete die Reorganisation des Gewerkschafts und nahm hier besonders die Erhöhung der Beiträge das Hauptinteresse in Anspruch. Der Beitrag wurde auf wöchentlich 40 Pf. festgelegt. Die Lehren des großen Streifs wurden von den Delegierten also richtig erkannt. Interessant war die Meinung eines Delegierten, der erklärte: „Legion suchte uns christliche Arbeiter auf dem Kölner Kongress als unvernünftig hinzustellen. Wir wären in Wirklichkeit unvorsichtig, wenn wir nicht die Lehren aus den großen Streifs zögen und niedrigere Beiträge bezahlten als die sozialdemokratischen Gewerkschaften.“ Mit der Beitrags-erhöhung der Vergarbeiter wird das Ansehen der christl. Gewerkschaften nur gefördert werden.

Zum Vorsitzenden des Gewerkschafts wurde Köster gewählt. Dem früheren Vorsitzenden Brüst wurde eine jährliche Pension von 1500 Mk. gewährt.

Ueber die Wirkung des Vergarbeitsnollens. Köster schreibt das „Reich“, wird jetzt amtlich festgestellt, daß die verdienten reinen Löhne im letzten Vierteljahr und 2) Millionen Mark Umsatz ergaben. (Gesamt: 20743471 Mk.) Wenn wir, wie nötig ist, hinzunehmen, daß in dieser Zeit fast zwei Millionen Tonnen mehr eingeführt, fast 600000 Tonnen weniger ausgeführt wurden, so ergibt sich, nach schweren Schäden der Kampfkampfs die deutsche Volkswirtschaft ausgeglichen und wie nötig eine soziale Reform ist, die die tiefe Kluft zwischen Arbeitgeber- und -nehmerchaft vermindert.

Die Generalversammlung des deutschen Buchbinder-Verbandes am 19. Juni in Dresden hat für manche Teile nicht den erwarteten und erwünschten Verlauf genommen. Man mußte annehmen, daß nach den vorhergegangenen erregten Auseinandersetzungen im „Correspondent“ Redakteur Kerhauer die größte Aussicht hatte, „fliegen“ zu müssen. Aber es ist anders gekommen. Kerhauer hat seinen Gegnern gewachsen, er blieb in dem Kampfe Sieger und wurde mit 76 von ungefähr 100 Stimmen in geheimer Wahl wiedergewählt. Gewerkschaftler (Berlin) hatte daran erinnert, daß der Delegierte Klapprott bei der vorigen Wahl gesagt habe: Der Redakteur muß Sozialdemokrat sein. Da Kerhauer aus der sozialdemokratischen Partei ausgetreten sei und seit der Zeit gegen dieselbe schreibe, so müsse er wieder in die Partei hinein. Klapprott (Hannover) stellt die Behauptung Klapprott dahin richtig, daß er gesagt habe: Der Redakteur muß auf dem Standpunkt der modernen Arbeiterbewegung stehen. Und das kann auch keiner dem Redakteur K. beitreten, daß er nicht auf diesem Standpunkt steht, trotzdem er nicht der sozialdemokratischen Partei angehört.

Wir erinnern uns aber, daß der Verbandsvorsitzende Döblin auf der Generalversammlung in Halle bei der Ablegung des Worts und bei der Wahl des neuen Redakteurs gesagt hat: „Und unserem Correspondent wünsche ich einen ehrlichen, rechten zielbewußten Sozialdemokraten!“ Das war jedenfalls für den „neutralen“ Verband ein feststehender und unneutraler Wunsch. In einem neutralen sein wollenden Verband muß der Redakteur (Verbandsvorsitzender nicht ausgeschlossen) über den Parteien stehen. Selbst ist es auch, wenn der Verbandsvorsitzende Döblin auf der jetzigen Generalversammlung sagt, daß er die Verankerung Hünkelburgs auf dem Kongress in Köln: Gewerkschaften und Sozialdemokratie sind eins! nur für untaftlich hält. Als Vorsitzender des neutralen Buchbinderverbandes, indem jede Parteirichtung sich wohl finden soll, war es seine Pflicht, schon auf dem Gewerkschaftskongress in Köln energisch gegen diese Verankerung zu protestieren und dieselbe nicht bloß nachträglich für untaftlich zu halten, sonst muß man annehmen, daß es ihm mit der Neutralität nicht ernst ist. Auch die Berliner haben sich auf der Generalversammlung betheiligen lassen müssen und ihren Antrag auf Kündigung des Tarifes zurückgezogen. Für die Buchbinder der Großstadt Berlin mag wohl der Kampfstandpunkt der vorteilhaftere sein. Die Allgemeinheit hat aber jedenfalls ein größeres Interesse an der Festhaltung und weiteren Ausbahrung des Tarifes. Man versteht es wirklich nicht, daß in dem Augenblick, wo alle organisierten Arbeiter die Buchbinder um ihre Tarifgemeinschaft beneiden, die Berliner den Antrag auf Kündigung des Tarifes stellen können, dessen Annahme jedenfalls nicht von Nutzen für den Buchbinderverband gewesen wäre. Es wurde aber eine Resolution angenommen, worin es heißt, daß die Generalversammlung die Gehilfenvertreter beauftragt, zu gegebener Zeit bei dem Tarifausfluß den Antrag auf Revision des Tarifes zu stellen. Der Punkt ist noch zu erwähnen, daß der Verbandsvorsitzende vor Eintritt in die Tagesordnung auf die den Delegierten vorliegende Verbandsstatistik über die Zahl der Verbands- und Nichtverbandsmitglieder hinwies, welche aus tatsächlichen Gründen im Detail nicht veröffentlicht werden soll. Aus tatsächlichen Gründen etwas zu verschweigen. Warum? Stimmt der bis jetzt veröffentlichte Prospekt der organisierten Buchbinder nicht und befürchtet man aus der Veröffentlichung der richtigen Ziffer Schaden für den Verband?

Auch müssen wir es als verfehlt bezeichnen, die Abschließung des Tarifes von Organisation zu Organisation betätigen zu wollen, nicht weil die Arbeitgeber noch nicht bündnisfähig sind, sondern weil der Buchbinderverband sich nicht zur vollen Neutralität durchringen kann. Es wäre die Abschließung des Tarifes von Organisation zu Organisation allerdings das beste Mittel, die Unorganisierten in den Verband hineinzupressen, ob dieselben sich im Verbandswohl fühlen, und ob es sich mit der Freiheit des Einzelnen verträgt, ist für den Verband Nebensache. Gemüß halten auch wir eine solche Abschließung erstrebenswert, aber es muß dann auch dem Verband die Garantie gegeben werden, daß innerhalb des Verbandes volle Neutralität gewahrt wird. Da sich aber die Unmöglichkeit der Abschließung des Tarifes von Organisation zu Organisation herausgestellt hat (weil die Unternehmer noch nicht bündnisfähig waren), deshalb haben die Leipziger Delegierten einen dahingehenden Antrag zurückgezogen.

Der Gutenberg-Bund veröffentlicht (siehe seinen Geschäftsbericht für das Jahr 1904. Darnach betragen die Einnahmen 99723,92 Mk., die Ausgaben 10022,37 Mk., sodas sich ein Ueberschuß von 29698,55 Mk. ergibt. Ende 1903 verfügte der Bund über 177189,80 Mk. Besitzt also nun mit dem Ueberschuß von 1904 206888,35 Mk. Die Einnahmen des verfloßenen Jahres waren um 2000 Mk. an Beiträgen und 1015 Mk. an Zinsen höher, die Ausgaben dagegen und zwar Arantengel-Buchsch jirta 200 Mk., Arbeitslosen-Unterstützung jirta 1000 Mk., Sterbegeld 240 Mk., Unzulagekosten 200 Mk. geringer, während die Untkosten für Agitation und Druckkosten jirta 1000 Mk. mehr betragen als 1903. Das Vermögen des Gutenberg-Bundes ist bis auf den notwendigen Betriebsfonds in mündelsicheren Wertpapieren angelegt. Was den Stand und die Bewegung der Mitglieder betrifft, so trat der Gutenberg-Bund mit 2644 Mitgliedern in das Geschäftsjahr 1904 ein; im Laufe des Jahres begifferte sich der Abgang auf 428 Mitglieder und zwar: starben 11, Invalide wurden 13, vom Beruf abgegangen sind 6, zur Dienstpflicht beim Militär einberufen wurden 28, wegen Beitragsverweigerung gestrichen wurden 18, freiwillig ausgeschieden 818; während der Zugang an Mitgliedern sich auf 426 belief, so daß am Schlusse des Jahres 1904 die Mitgliederzahl des Bundes 2646 betrug.

In den ersten vier Monaten 1905 schieden 46 Mitglieder aus, während in dem gleichen Zeitraum 152 Mitglieder neu eingetreten sind, also der Bund mit dem 1. Mai eine Mitgliederzahl von 2760 besitz. Während

